

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 24

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wjetbürger, verkörpert die Grossmutter Nila die Herzenswärme Russlands — zu verstehen als Charakterzug nicht des früheren, vorrevolutionären, sondern des eigentlichen Russland.

Als es darum geht, ob sich Familie Glebow für einen unschuldig verhafteten Verwandten an den grossen Nachbarn Schulepnikow wenden solle, sieht die Alte gar keine Frage darin:

«Angst hin oder her, man muss helfen.» (S. 104)

Der Junge wird damit beauftragt, ein entsprechendes Briefchen für Schulepnikow senior anzubringen, wenn er wieder zu seinem Kameraden Lew nach Hause geht.

Tauschangebot für Zwölfjährigen: «Ich soll einem unschuldig Verhafteten helfen? Dann sage mir, wer von euch neulich meinen Jungen verprügelt hat.»

An dieser Situation zeigt Trifonow mit sparsamen Mitteln, aber um so eindrücklicher, die Wirkungsweise des Terrorsystems. Der Funktionär Schulepnikow «sah nicht wie ein böser Mensch aus, er brüllte nicht, er fluchte nicht, aber in seiner leisen Stimme und im Blick der hellen Glotzaugen war etwas, das einem ungeheuren Ueberfall auf meinen Sohn Lew im gegenüber».

Er hat das Bittgesuch für Glebows Onkel vor sich — und verlangt vom Schüler überraschend Aufschluss über die «Rädelsführer des banditschen Ueberfall auf meinen Sohn Lew im Schulhof».

Glebow hatte die Verprügelung des hochnäsigen Neuen in der Klasse mit aushecken helfen, «obwohl er sich dann in letzter Minute entschlossen hatte, nicht mitzumachen». Nun hängt von seinen Angaben das Schicksal des Onkels ab...

«Siehst du», hilft die leise Stimme nach, als Glebow stumm bleibt, «Lew hat einen grossen Fehler — er ist störrisch. Er sperrt sich und will aus falschem Kameradschaftsgefühl keine Aussagen machen. (...) Was tun? Du bist verpflichtet zu helfen, Vadim. Du bist zwölf Jahre alt, bist ein erwachsener Mensch und verstehst, wie ernst das alles ist. Es ist sehr, sehr ernst!» (Seite 105)

Petzerei ohne ernstliche Folgen: Die Familien der kleinen Sünder wurden nur «versetzt»

Und der Schüler gibt zwei Namen an; «im allgemeinen ist er», findet Glebow, «gerecht vorgegangen, man wird schlechte Menschen bestrafen. Doch es blieb ein unangenehmes Gefühl — als hätte er jemanden verraten, obwohl er die reine Wahrheit über schlechte Menschen gesagt hatte...» (S. 105 f.)

Erleichtert und achselzuckend zugleich registriert er, dass mit diesen beiden Kameraden «nichts Schreckliches» geschah: der Vater des einen wurde *sowieso* aus Moskau versetzt, und der andere, *sowieso* ein schlechter Schüler, «wurde von der Schule gejagt, landete in einer ‚Waldschule‘ (Anstalt zur Isolierung kriminell veranlagter, gemeingefährlicher Kinder — V. T.), flüchtete von dort, schloss sich Kriminellen an und sass während des Krieges wegen strafrechtlicher Dinge in einem Lager» (S. 106). Nichts Schreckliches. Schuld sind die Zeiten.

Niemand von Glebows wunderte sich oder regte sich auf, als Lew Schulepnikow dem Kameraden

ausrichtete, sein Stiefvater habe wegen des Onkels nichts in Erfahrung bringen können. (Dieser schickte dann einmal einen Brief «aus dem Norden».)

Die Mutprobe im Klub der Buben

Glebow, Schulepa und weitere Schüler ihrer Klasse beobachteten einst einen Geistesgestörten, der auf einer Brücke herumturnte, ehe er absprang... Das bringt die Kinder auf die Idee, ebenfalls Mutproben auf sich zu nehmen. Die Sprösslinge aus dem Haus am Quai gründen einen Klub für Willenserprobung; sollen sie Glebow aufnehmen oder nicht? Einerseits gehört er nicht zu den Farblos-Dummen, andererseits ist er auch kein eigenständig origineller Charakter... Schliesslich wird er doch eingeladen, Mitglied des kleinen Klubs innerhalb der Klasse zu werden; Vadim freut sich, «aber er antwortete... O, das war eine bemerkenswerte Antwort! Damals verstanden wir's nicht richtig, es vergingen Jahre, es verging das Leben, und jetzt, im Erinnern, kommt man plötzlich dahinter: das ist die Stärke, keinerlei Charakter zu haben! Er sagte, er freue sich, dem (Klub) beizutreten, möchte aber berechtigt sein, jederzeit auszutreten. Das heisst, er wollte Mitglied unseres Bundes sein und es gleichzeitig nicht sein.» (S. 128)

So macht Glebow bei der Willensprobe nicht mit, die von den Quai-Haus-Kindern Mut erfordert: Nach Einbruch der Dunkelheit durch das Quartier zu gehen, das bei Glebows Haus anfängt, und eine Schlägerei mit den dortigen

Rowdy-Typen zu riskieren. Wiederum geht Glebow zur nächsten Mutprobe zwar mit... auf dem Balkon der Wohnung von Professor Gantschuk, hoch oben im Regierungshaus am Quai, auf der Aussenseite des Geländers die Länge des Balkons abzuschreiten.

Sonja Gantschuk, die auch in ihrer Klasse ist, muss hochheilig versprechen, in einem anderen Zimmer zu bleiben. Glebow aber schafft es, ihr das Geheimnis mitzuteilen, und so werden sie am halsbrecherischen Vorhaben gehindert, nachdem der erste Junge die Tour hinter sich gebracht hat.

«Er rettete (uns), er rettete! (...) Diese Leute, die weder Feiglinge noch Kühne sind, nicht dies und nicht das, retten manchmal andere, die zu viel von allem haben.» (S. 131)

«Und was war nachher? O, nachher, damals, ganz weit zurück? Das Haus wurde leer. Meine Freunde (sagt der Ich-Erzähler als Klassenkamerad Glebows und Schulepnikows) fuhren weg und verschwanden...»

Ein Klub-Mitglied, das so darunter gelitten hatte, nicht an jener Willenserprobung teilnehmen zu können, verschwindet kurz darauf.

«Ueberhaupt hatten wir uns vergebens damit beeilt. Erprobungen brachen sehr bald über uns herein, man brauchte sie nicht auszudenken. Sie prasselten auf uns nieder als dichter, schwerer Regen, schlugen die einen auf die Erde, durchnässten und zerpressten andere bis auf die Knochen, und manche erstickten in dieser Flut.» (Seite 131)

(Fortsetzung folgt)

Unsere Meinung

Ungarn und rumänische Territorialfragen Budapest hat die Frage der ungarischen Minderheit in Rumänien und die Frage der rumänischen Gebietshoheit überhaupt aufgeworfen. Das bedeutet die Eröffnung einer neuen Front im sowjetischen Kampf um die Normalisierung Rumäniens im Moskauer Sinne.

Wie stark Rumänien unter sowjetischen Druck geraten ist, zeigt sich darin, dass es diesen Herbst in die Abhaltung gemeinsamer Manöver mit Sowjettruppen auf seinem Territorium einwilligen musste, etwas, was seit der Ära Chruschtschow nicht mehr vorgekommen war.

Gleichzeitig hat Moskau in Osteuropa sozusagen eine zweite Front eröffnet, und zwar durch die Aktivierung der ungarischen Aussenpolitik, die sich ganz und gar den sowjetischen Bedürfnissen unterordnet. Budapest setzt sich neuerdings plötzlich für die Gleichberechtigung der ungarischen Minderheit in Rumänien ein. Unter sozialistischen Staaten und schon gar unter Warschauer-Pakt-Mitgliedern pflegt man solche Fragen nicht der bestehenden Minoritätenproblematik wegen aufs Tapet zu bringen. Ihre bisherige Ausklammerung aus der öffentlichen Debatte und die allgemeine Behandlung sonstiger Minderheitenfragen innerhalb des Sowjetlagers als interne Angelegenheit der betreffenden Staaten zeigt das schon zur Genüge an. Wenn also solche Themen als Tadel an den Nachbarn öffentlich zur Sprache kommen, wird also damit eine Belastung der zwischenstaatlichen Beziehungen registriert oder provoziert.

Vermutlich stimmt es «an sich», dass die rumänische Behandlung seiner vor allem in Sieben-

bürgen ansässigen Magyaren zu Beanstandungen Anlass gibt. Mit dem Minoritätenschutz ist es in der Theorie und erst recht in der Praxis schlecht bestellt, und Meldungen über Diskriminierungen im Detail sind sporadisch in den Westen gelangt. Die Tradition der Benachteiligung besteht seit der osteuropäischen Staatenbildung nach dem Ersten Weltkrieg (als man ungarische Gebiete unter die Nachbarn aufteilte). Und verschärft wurde sie in neuerer Zeit nach der ungarischen Revolution von 1956, als man in allen Angehörigen dieser Minderheit potentielle Sympathisanten der Aufständischen sah. Gegen diese Verfolgung hatten Moskau und das von ihm in Budapest eingesetzte Regime damals natürlich nichts einzuwenden; im Gegenteil.

Aber angesichts der seitherigen rumänischen Bestrebungen zu ansatzweiser staatlicher Unabhängigkeit haben sich die Vorzeichen inzwischen verändert, und heute kann die Frage der ungarischen Minderheit in Rumänien zum Aufhänger für sowjetische Normalisierungswünsche werden. Anscheinend verlangt jetzt Moskau von seinen getreuen Satelliten flankierende Massnahmen in diese Richtung.

Ende Oktober dieses Jahres fand im jugoslawischen Novi Sad eine Unesco-Veranstaltung über Minderheitenfragen statt, und der ungarische Vertreter benützte die Gelegenheit, sogar vor einem internationalen Forum Wünsche an die Adresse Bukarests anzubringen. Darüber hat die ungarischsprachige Zeitung «Uj szo» von Bratislava (28. 10. 1976) berichtet. Insbesondere verlangte er, dass den Angehörigen der ungarischen Minderheit das Recht zugestanden werde, sich in ihrem Mutterland ausbilden oder weiterbilden zu können. Die Tschechoslowakei (wie auch Jugoslawien) räume ihren ungarischen Mitbürgern

(Fortsetzung auf Seite 11)

à propos Mensch

Wir sind genau zwischen zwei für Menschenrechtskämpfer wichtigen Daten: der 30. Oktober wird seit 1974 als Tag der Politischen Häftlinge in der UdSSR begangen; der 10. Dezember ist Menschenrechtstag. Ein Mensch unter vielen anderen, dem aber jeder Tag ein Tag des Einsatzes für Opfer des Unrechts ist: Malva Landa.

Sie ist Jahrgang 1918, von Beruf Geologin. Ihr Selbstverständnis hat sie als Selbstverständlichkeit formuliert: Sie teile ihre Haltung mit jedem normalen und aufrichtigen Menschen in der Sowjetunion; nur rede lange nicht jeder laut heraus, weil die dafür drohende *Repression* sehr viel zügiger «ins Leben umgesetzt» werde als die vielbemühte *Sorge von Partei und Regierung für das Wohl der Sowjetmenschen*.

So hat Frau Landa auch selber schon unsanft Bekanntschaft geschlossen mit dem Apparat, der die Interessen von Partei und Regierung wahrte. 1972 wurde sie in einer Strafsache («antisowjetische Agitation») als Verdächtige behandelt, und auch im Jahr darauf musste sie Verhöre und Haussuchungen über sich ergehen lassen. Man erinnere sich, dass bereits der Besitz der UNO-Menschenrechts-Charta als «antisowjetisch» ausgelegt worden ist! Wiederholt hat man Malva Landa mitten auf der Strasse festgenommen. *Kriminelle* packt man hart an — und wären's *Meinungsdelinquenten*.

In der letztjährigen Samisdat-Dokumentation zum 30. Oktober schrieb sie, im Sinne der Minimalforderung — Anerkennung des Status von politischen Häftlingen — sei dieser Tag «dazu angetan, der Weltöffentlichkeit in Erinnerung zu rufen, dass es in der Sowjetunion politische Häftlinge gibt; dass sie fast durchs Band gänzlich unschuldig sind; dass die Haftbedingungen in den sogenannten Besserungsarbeitsanstalten, Gefängnissen und psychiatrischen Kliniken (speziellen wie allgemeinen), in denen sie oft lange Jahre festgehalten werden, *unmenschlich* sind; dass es Willkür, Versöhnung, zusätzliche Strafen, Folterungen gibt».

Der «Gruppe zur Förderung der Einhaltung der Helsinki-Abkommen in der UdSSR» gehört Frau Landa seit der Gründung im Mai 1976 an — neben Prof. Jurij Orlow, Jelena Bonner-Sacharowa, General Grigorenko, Alexander Ginsburg, Anatolij Martschenko und andern.

Seit mehreren Jahren schon lanciert Malva Landa Hilfsappelle — so für Pljuschtsch (inzwischen frei), für Bukowski, für ... Eine Sammlung ihrer Stellungnahmen in Verteidigung der Menschenrechte haben emigrierte «Kollegen» nun veröffentlicht (in der Khronika Press, New York). Es ist ein Dokument des Menschenrechtskampfes und zugleich ein Dokument der Menschlichkeit Malva Landas. *HTD*



Pekinger Wandzeitung mit den gestürzten Verschwörern Wang Hung-wen, Tschang Tschün-tschiao, Tschiang-tschin und Yao Wen-yuan.

Hua Kuo-feng

Unpolitische Ergänzungen zur Person

Als Hua Kuo-feng Nachfolger Maos und Parteichef wurde (ohne auf seine Ministerpräsidentschaft zu verzichten), gab es nur wenige biographische Angaben über ihn. Seine persönliche Tüchtigkeit stellte er dann unter Beweis, als er die «Schanghaier Vierergruppe» aus dem Weg räumte. Unterdessen hat man in Hongkong neue Angaben über ihn gesammelt, die einigen vermeintlich bekannten Fakten seines Lebenslaufes wenigstens teilweise widersprechen. Was sich aus diesen Daten nicht ergibt, ist irgendeine persönliche Präferenz für diese oder jene Aussenpolitik.

Eine Lücke in Huas Biographie betraf bisher vor allem seine Tätigkeit im ersten Jahrzehnt nach der kommunistischen Machtergreifung. Ein Korrespondent der Hongkonger Monatszeitschrift «Die siebziger Jahre» hat vor kurzem die Provinz Hunan besucht und in der Novembernummer über seine Erkundungen zur Person Huas berichtet.

Hua Kuo-feng stammt nicht (wie bisher angegeben) aus Hunan, sondern aus der Provinz Schensi. Allerdings hatte er 19 Jahre lang in Hunan gearbeitet, bevor man ihn 1971 nach Peking berief.

Hua wurde 1920 als Sohn eines armen Bauern geboren. Nach einer Missernte gelangte er in den Norden der westlichen Nachbarprovinz Schensi. Jedenfalls befand er sich im Alter von 15 Jahren dort, als die Rote Armee der KPCh auf ihrem langen Marsch 1935 jenes Gebiet besetzte. Der Junge nahm sofort begeistert an der Revolution teil.

Am 1. Oktober 1949 gab Mao die Gründung der VR China bekannt. Zu diesem Zeitpunkt bekleidete Hua den Posten eines Stadtrates in der Provinz Schensi.

Mit andern Mitgliedern einer Arbeitsgruppe zusammen versetzte man Hua in der Folge etappenweise weiter nach Süden; damals sollten die befreiten Gebiete eine neue, aber anderswo schon bewährte Verwaltung erhalten.

1952 kam Hua in Hunan an. Dort amtierte er zunächst als Stadtrat im Kreis Hsiangyin, dann als Parteisekretär im Kreis Hsiantan (Schaoschan, der Geburtsort von Mao Tse-tung, ist eine Landgemeinde jenes Kreises). Zu dieser Zeit befasste er sich mit der Einführung von landwirtschaftlichen Genossenschaften und leitete den Bau von Bewässerungsanlagen gerade in Schaoschan.

Nun begann der eigentliche Aufstieg. 1956 berief man Hua in den Ständigen Provinzausschuss

der KPCh. 1958 ernannte man ihn zum Stellvertretenden Gouverneur von Hunan und 1960 zum Parteisekretär der Provinz. Seine Aufgabe bestand nicht eben sensationellerweise darin, «die industrielle und landwirtschaftliche Produktivität zu steigern».

Nach der Kulturrevolution von 1966 stellte man (aber erst 1968) das Revolutionskomitee der Provinz Hunan auf, dem Hua zunächst als Stellvertretender Leiter angehörte. 1969 hielt er Einzug in die zentralen Gremien des Landes, als man ihn am 9. Parteikongress ins Zentralkomitee der KPCh wählte. Im folgenden Jahre wurde er amtierender Leiter des Revolutionskomitees von Hunan.

Von 1971 an setzte er seine Karriere in Peking fort, wo er gleich in die Regierung kam. Nach dem 10. KPCh-Kongress glückte ihm 1973 der Aufstieg ins höchste Machtorgan, ins Politbüro. Dass er nicht als belanglos einzustufen war, bestätigte sich 1975, als er einer von mehreren Vizeministerpräsidenten wurde, vor allem aber Innenminister, d. h. Chef von Polizei und Sicherheitsdienst.

Im Januar 1976 starb Tschu En-lai, und kurz darauf erfolgte der Sturz von Teng Hsiao-ping, dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten (und ersten Anwärter auf Maos Nachfolge). So rückte Hua im Februar zum amtierenden Ministerpräsidenten nach, und im April machte ihn das Politbüro auch formell zum Regierungschef.

Der letzte Schritt gehörte dann zur Weltgeschichte. Am 7. Oktober wurde Hua Kuo-feng der Nachfolger von Mao Tse-tung. Das Politbüro wählte ihn zum Vorsitzenden von Zentralkomitee (damit automatisch auch zum Politbüro-Chef) und Militärzentralkomitee der KPCh. Dass er willens war, seine Stellung in den unvermeidlichen Rivalenkämpfen zu behaupten, bewies er anschliessend.

C.-J. Chen

Unsere Meinung

(Fortsetzung von Seite 9)

diese Möglichkeit ein, nicht aber Rumänien. Dabei wäre es, so führte er aus, besonders für die Lehrer an den ungarischen Schulen in Siebenbürgen überaus wichtig, ihre kulturellen Bindungen durch einen Aufenthalt in Ungarn zu verstärken.

(Uebrigens gibt es noch ein Land, das seine ungarische Minorität zur Ausbildung oder Fortbildung nicht nach Ungarn lässt, nämlich die Sowjetunion. Die in der Karpatho-Ukraine lebenden Magyaren befinden sich diesbezüglich keineswegs in einer besseren Situation als ihre ethnischen Brüder in Rumänien, aber darauf kam der ungarische Vertreter in Novi Sad natürlich nicht zu sprechen . . .)

*

Noch weit ominöser nimmt es sich aus, dass eine Budapester Veröffentlichung in einer Polemik mit der gegenwärtigen rumänischen Geschichtsschreibung die Territorialfrage neu aufwirft. Das ist in der Nummer vom 6. 11. 1976 der Budapester Literaturzeitung «Elet es Irodalom» geschehen, wo Pal E. Feher einen Aufsatz veröffentlichte unter dem Titel «Der praktische Internationalismus; Notizen über Geschichte und Gegenwart».

Der Autor beanstandet hier — was als Präzedenzfall überaus zu beachten ist — die territoriale Regelung des Versailler Friedensvertrags vom 4. Juni 1920 und spricht den Rumänen das Recht ab, sich in diesem Zusammenhang auf historische Rechte zu berufen:

«Die Nationalisten suchen sich eine Legitimation für historische Rechte zu schaffen. (. . .) Der Internationalist ist sich hingegen dessen bewusst, dass es keinerlei historisches Recht gibt, das die heutige Wirklichkeit zu neutralisieren vermöchte (. . .); offensichtlich geht es nicht an, dass in Prag und Belgrad oder in Bukarest und Sofia oder in Budapest und Warschau eine unterschiedliche marxistische Geschichtsauffassung herrscht.»

Pal Feher greift in seinen Ausführungen die Grundlagen der osteuropäischen Territorialordnung nach dem Ersten Weltkrieg überhaupt an. Die Nachfolgestaaten von Oesterreich-Ungarn hätten sich ihre Staatlichkeit dadurch erkämpft, dass sie sich um Zerschlagung der sozialistischen Revolution bemühten: «Sie nahmen an den Interventionen gegen die Sowjetunion und die Ungarische Räterepublik aktiv teil.» Mit ihrer Staatlichkeit hätten sie lediglich die Herrschaft des Entente-Kapitals anstelle des deutsch-österreichischen Kapitals gewährleistet.

Von diesem Klassenstandpunkt aus spricht Feher den rumänischen Historikern (insbesondere Viorica Moisuc) das Recht ab, die Versailler Friedensverträge positiv zu werten und daraus historische Rechte abzuleiten. Das läuft darauf hinaus, die gesamte osteuropäische Territorialordnung nur insoweit gelten zu lassen, als es den Bedürfnissen des (sowjetisch verstandenen) Internationalismus entspricht. Auch eine Art, das KSZE-Dokument zu verstehen. Uebrigens muss nach dieser «richtigen» internationalistischen Auffassung nicht nur die osteuropäische, sondern die gesamteuropäische Territorialordnung revidierbar sein; oder ist sie in Westeuropa nach marxistisch-internationalistischer Auffassung

etwa nicht dazu da, die Herrschaft des Kapitals zu garantieren?

*

Man hat sich schon daran gewöhnt, dass die Sowjetunion immer wieder, wenn sie ihren Druck auf Jugoslawien auch nach aussen hin bekunden wollte, die Bulgaren vorschickte, um die Mazedonien-Frage einzuheizen. Insofern geschieht jetzt offenbar etwas Aehnliches mit Ungarn und der Siebenbürgen-Frage. Aber das war bis jetzt nicht der Brauch gewesen und verdient schon als Neuheit seine Beachtung. Darüber hinaus aber zeigt der unbeschwerte Rückgriff auf die dialektische Behandlung der Territorialfragen überhaupt, was es mit der Anerkennung von staatlicher Souveränität durch das Sowjetlager für eine Bewandnis hat. Eine Staatlichkeit, die durch Interessen des Kapitals erklärt wird oder erklärt werden kann, zählt «eigentlich» überhaupt nichts; ihre Anerkennung ist somit je nach «internationalistischer» Interessenlage jederzeit widerrufbar. Die Auskünfte der vorgeschickten ungarischen Historiker haben ihre unmittlere Bedeutung für das ausdrücklich anvisierte Rumänien, ihre grundsätzliche Bedeutung aber auch für uns.

cb

Der Buchtip

Jonathan Steinberg: «Why Switzerland?» Cambridge University Press, London 1976, 214 Seiten, Fr. 26.90

Der Autor, Universitätsdozent für Geschichte, ist mit einer Schweizerin verheiratet und hat durch eine weitverzweigte Verwandtschaft zahlreiche Einblicke in schweizerische Verhältnisse erhalten. Es erstaunt ihn, dass im Herzen von Europa ein Staatsgebilde entstehen und bestehen konnte, das den herkömmlichen ethnischen, dynastischen und machtmässigen Vorstellungen widerspricht.

Why Switzerland? Das ist die Frage, die ihn fasziniert und für die er in seinem Buch Antworten sucht. Dabei zeigt es sich, dass ein von aussen kommender Beobachter die Dinge oft besser zu überblicken und zu beurteilen vermag als die direkt Beteiligten, und das macht das Buch für Schweizer besonders lesenswert. Es ist mit viel Sachverstand und Liebe geschrieben und verdient schon allein deswegen die Bezeichnung «Anti-Ziegler», die ihm Ulrich Kägi in der «Weltwoche» gegeben hat.

Steinberg führt das Bestehen der Schweiz zurück auf das Verständnis der (jeweiligen) Mehrheit für die Bedürfnisse der Minderheiten. Das habe das Zusammenschliessen verschiedenartiger Teile zu einem lebensfähigen Ganzen ermöglicht. Dieses Ganze ist aber in überschaubaren Grenzen, was zusammen mit der häufigen — aber nicht regelmässigen — Parallelität von wirtschaftlichen, politischen und militärischen Funktionen die Koordinierung erleichterte und zur Konkordanz-Demokratie führte.

Für Steinberg sind die wichtigsten Ereignisse der eidgenössischen Geschichte die von uns Schweizern kaum gewürdigten grossen Verdichtungswerke:

1481 das Stanser Verkommnis zwischen Stadt und Land;

1848 die Ueberwindung der Sonderbundspaltung mit der Schaffung des Bundesstaates;

1937 der Abschluss der Klassenkämpfe mit dem Friedensabkommen.

Die Bedeutung dieses Friedensabkommens für «die gemeinsame Wohlfahrt der Eidgenossen» wird einem Bewohner Grossbritanniens besonders klar bewusst, der jetzt mit ansehen muss, wie ein Land durch Gewerkschaftsforderungen ruiniert wird.

Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür, dass Aussenstehende die Probleme besser zu überblicken vermögen, gibt Steinberg im Kapitel «Identity», die er — interessant genug — an der Armee exemplifiziert.

Die Armee ist die einzige Organisation, die alle Teile von Staat und Volk durchdringt und alle politischen, sprachlichen, religiösen und beruflichen Grenzen und Unterschiede überwindet. Gelingt es, die Armee zu zersetzen, wird der Keim der Zerstörung in alle Substrukturen gelegt. Angriffe gegen die Armee sind somit Angriffe gegen die Schweiz schlechthin. «A citizen army operates, as does the democratic state, on consent.» Hört diese allgemeine Zustimmung auf, brechen Demokratie und Milizarmee zusammen.

Steinberg weist eindrücklich darauf hin, wie weit in den letzten zehn Jahren die Verunsicherung getrieben worden ist. Die Landesverteidigung wird nicht mehr nach militärischen Bedürfnissen konzipiert, sondern danach, was man glaubt, sich noch «leisten» und «dem Volk zumuten» zu können. Der auf diese Weise zustande gekommene Entschluss, dem Parlament nicht mehr die Anschaffung von Hochleistungsflugzeugen, sondern von aufgefirschten Hunters vorzuschlagen, «gab die schweizerische Regierung und Landesverteidigung der Lächerlichkeit preis und machte den Abschreckungswillen völlig unglaubwürdig». «The Swiss no longer have a credible defence and everybody knows it».

So schliesst denn Steinbecks Buch mit einem pessimistischen Unterton über das helvetische Malaise, wie es in der Armeekrise und der damit zusammenhängenden Unrast der Jugend zum Ausdruck kommt. Es scheint ihm bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zweifelhaft, ob die Schweiz als Sonderfall weiterbestehen können. *Max Keller*

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)

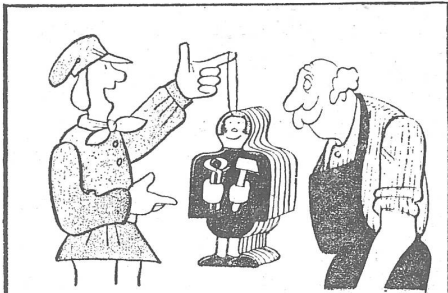
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)

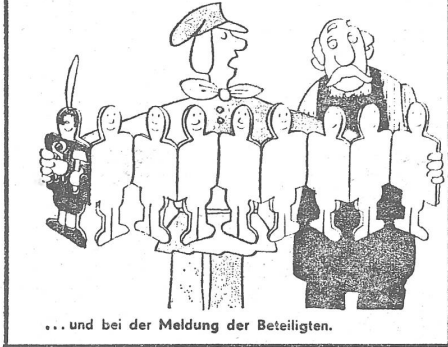
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)

«Eulenspiegel», Ostberlin



Das Modell unseres Lernaktivs – bei der Arbeit...



... und bei der Meldung der Beteiligten.

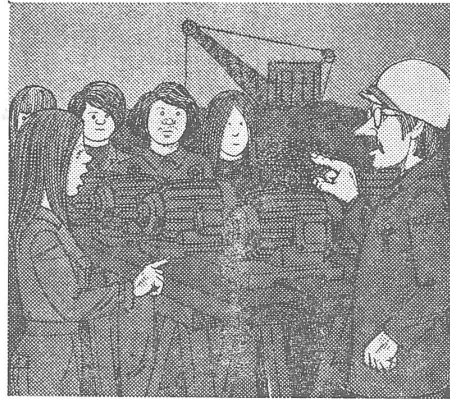


„Ich würde die Reparatur ja gerne ausführen, liebe Frau, aber Sie sehen ja selbst, wie schlecht wir im kommunalen Bereich materiell bestückt sind.“

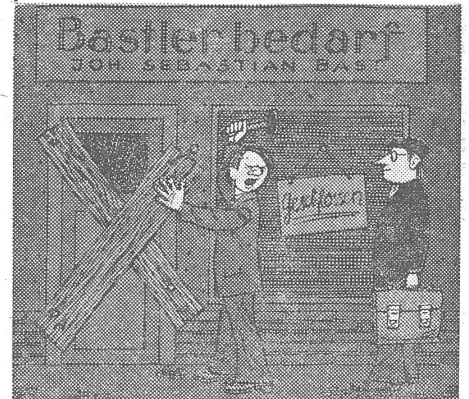


„Andererseits kann ich Sie nicht so unritterlich im Regen stehen lassen! Nach Feierabend helfe ich da gern mit meinen bescheiden privaten Beständen aus.“

Zeichnungen: Peter Dittrich



«Ihr trennt jetzt sorgfältig Kupfer, Alu und Stahl.» — «Aber das sind doch ganz neue Motoren.» — «Egal. Die Industrie braucht Rohstoffe.»



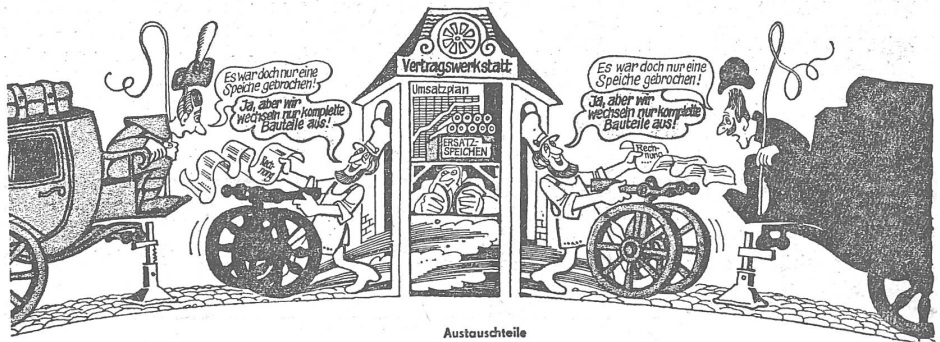
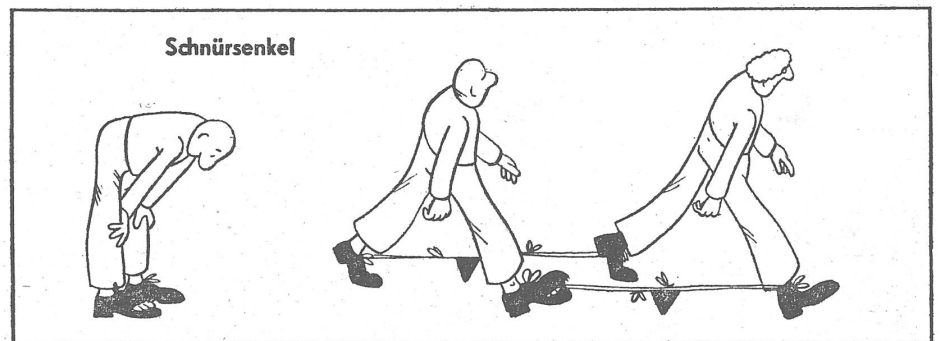
Bastlerbedarf geschlossen: «Ich arbeite jetzt auf'm Schrottplatz, da kann ich meiner verehrten Kundschaft ein reicheres Angebot offerieren.»



„Seht mal, was ich für lebendiges Anschauungsmaterial zum heutigen Unterrichtsthema im Lehrmittelzimmer gefunden habe.“



„Willkommen in unserem Neuerkollektiv. Und hier ist auch gleich eine konkrete Aufgabe für euch!“



Austauschteile